

# Nun beginnen die Verhandlungen mit den Mobilfunkanbietern

Zwei Drittel sagen Ja zur Mobilfunkpolicy der Regierung, mit der die Strahlenbelastung möglichst gering gehalten werden soll

David Weber

*Bei einer Stimmbeteiligung von 39,55 Prozent befürwortete das Stimmvolk den regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Mobilfunk-Initiative. Die Volksinitiative erreichte keine Mehrheit, dadurch wurde die Stichfrage irrelevant.*

«Die Schlacht ist geschlagen», sagte ein erleichterter Heiner Vischer (Grossrat LDP) gestern im Abstimmungsforum im Rathaus. Er hat zusammen mit einem überparteilichen Komitee die «Initiative gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs» bekämpft und sich für den Gegenvorschlag der Regierung eingesetzt. Auch Regierungsrat Christoph Brutschin (SP) freute sich, dass knapp 65 Prozent der Bevölkerung den Gegenvorschlag und somit die Politik der Regierung unterstützen. «Das ist eine solide Basis», sagte Brutschin und tönte damit an, dass die eigentliche Arbeit erst beginnt. «Nun gilt es, zusammen mit den Mobilfunkanbietern das Beste herauszuholen, um die Belastung durch Mobilfunkstrahlung so gering wie möglich zu halten.» Dazu verpflichtet sich die Regierung in einer bereits formulierten Ergänzung zum Umweltschutzgesetz, die mit dem gestrigen Ja innerhalb eines Jahres in Kraft tritt.

Der Gegenvorschlag will, dass die Mobilfunkbetreiber auf mehr, dafür schwächer strahlende Antennen setzen. Dadurch soll die Gesamtstrahlenbelastung reduziert werden. Dieses Ziel soll mit finanziellen Anreizen erreicht werden. Sind Swisscom, Orange und Sunrise zur Kooperation bereit, können sie von billigeren Mietkonditionen für ihre Antennen auf Staatsliegenschaften und Allmend profitieren. «Nun werden wir uns mit allen drei Betreibern an einen Tisch setzen, um die Mobilfunkpolicy auf technischer Ebene umzusetzen», sagte Brutschin. Vischers und Brutschins Erleichterung über den Abstimmungserfolg gründet auch im schwierig vorhersehbaren Ergebnis. Denn das Potenzial für eine Überraschung war bei diesem emotionalen Thema gross. Die Überraschung blieb aber aus.

Druck auf Regierung. «Natürlich bin ich enttäuscht über den Abstimmungsausgang», sagte Grossrat Christoph Wydler von der EVP, welche die Initiative lanciert hat. Der Gegenvorschlag berücksichtige aber «wenigstens teilweise» das Anliegen der Volksinitiative, nämlich einen besseren Gesundheitsschutz. Dies sei das Verdienst der Initiative. Das Thema sei aber noch nicht abgehakt, so Wydler. Die 43 Prozent Ja-Stimmen zur Initiative setzen die Regierung unter Zugzwang, die Strahlenbelastung zu minimieren.

Ausser Grünen, BastA! und der EVP hatte keine andere Partei die Mobilfunkinitiative unterstützt. Wydler betonte: «Wir konnten im Abstimmungskampf die finanziellen Mittel der Gegenseite nicht parieren.» In der Tat dürfte die Kampagne des «Komitees gegen die widersprüchliche Mobilfunk-Initiative» einiges mehr gekostet haben als die im Vorfeld der Kampagne angegebenen 40 000 Franken. Neben privaten Spendern unterstützte auch die Mobilfunkindustrie die Kampagne. Über den aufgewendeten Betrag schwieg sich das Gegner-Komitee gestern aus. Er wolle nicht über Zahlen, sondern über Inhalte reden, sagte Vischer genervt. Das Resultat sei deutlich für den Gegenvorschlag ausgefallen, daran hätten auch ein paar Inserate weniger nichts geändert.